



ENTWURF ZUR SATZUNG

GEMEINDE MEISSENHEIM OT KÜRZELL

-ORTENAUHKREIS-

BEBAUUNGSPLAN ' LÄRMSCHUTZWALL '

entlang der BUNDESAUTOBAHN A 5

A. SCHRIFTLICHE FESTSETZUNGEN NACH BAUGB

B. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN NACH BAUGB



GEMEINDE MEISSENHEIM OT KÜRZELL

A. SCHRIFTLICHE FESTSETZUNGEN NACH § 9 BAUGB

B. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN NACH § 74 LBO

BEBAUUNGSPLAN 'LÄRMSCHUTZWALL' BUNDESAUTOBAHN A5'

A. Planungsrechtliche Festsetzungen § 9 BauGB

Werden für den einfachen Bebauungsplan ' Lärmschutzwall ' nicht festgesetzt

Mit Ausnahme von:

1. Nebenanlagen

Werbeanlagen sind innerhalb des gesamten Geltungsbereiches unzulässig.

B. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen § 74 LBO

Werden für den einfachen Bebauungsplan ' Lärmschutzwall ' nicht festgesetzt

C. Hinweise

1. Oberflächenentwässerung

1. Für die Entwässerung benötigten Mulden sind nach ATV 138 auszuführen und durch einen Sickerstrang an die durchlässige Kiesschicht anzuschließen.

2. Bodenschutz

1. Die Bestimmungen des Bodenschutzgesetzes für Baden – Württemberg vom 24.06.1999 sind zu beachten. Danach ist nach § 4(2) bei Baumaßnahmen insbesondere auf einen sparsamen und schonenden Umgang mit dem Boden zu achten.
2. Bauwege und Baustraßen sollten nach Möglichkeit nur dort angelegt werden, wo später befestigte Wege und Plätze liegen sollen. Nach der Nutzung von Bauwegen sind die dort entstandenen Bodenverdichtungen bei abgetrocknetem Bodenzustand durch tiefes Aufreißen zu lockern.
3. Abzufahrende Überschussmengen an humosen Oberboden und kultivierfähigem Unterbodenmaterial sind möglichst sinnvoll an anderer Stelle wiederzuverwenden. Für eine Zwischenlagerung vor der Wiederverwertung gilt das oben genannte.

3. Grundwasser

1. Zur Klärung der Grundwassersituation sind im Vorfeld der Bebauungsaufstellung entsprechende Erkundungen durchgeführt worden. Da sich das Plangebiet in einem hydrologisch ungünstigen Bereich befindet, sind im Rahmen des Verfahrens Baugrunduntersuchungen durchgeführt worden, die speziell auch die Grundwassersituation bewertet haben, und die Grundlage bilden für die Festlegung der erforderlichen Deckschichten.



3. Altlasten

1. Werden bei den Erdarbeiten ungewöhnliche Färbungen und/oder Geruchsemissionen (z.B. Mineralöle) wahrgenommen, so ist umgehend das Landratsamt Ortenaukreis (Amt für Umweltschutz; Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz) zu unterrichten. Die Aushubarbeiten sind an dieser Stelle sofort einzustellen.

4. Bodenfunde

1. Gemäß § 20 Denkmalschutzgesetz (zufällige Funde) ist das Landesdenkmalamt, Archäologische Denkmalpflege, Außenstelle Freiburg, unverzüglich zu benachrichtigen, falls Bodenfunde (auch Bildstöcke, Grenzsteine etc.) bei Erdarbeiten zutage treten.
2. Im Baugebiet anfallender Bauschutt und sonstige Abfälle sind ordnungsgemäß zu Verwerten bzw. zu entsorgen. Bauschutt u.a. Abfälle dürfen nicht als An- und Auffüllungsmaterial von Geländemulden, Baugruben, Arbeitsgräben etc. verwendet werden.

Freiburg, den 16.04.2004
im Sept. 2004